

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Holger Börner, Ministerpräsident von Hessen, zur Lage in Wiesbaden: Die Landesregierung bleibt im Amt. Seite 1

Walter Polkahn MdB, Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert Genschers Verschiebung seiner Polen-Reise: Schwerer Schaden. Seite 2

Horst Seefeld MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, würdigt die Arbeit des Europäischen Parlaments: Tritt gefaßt. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, verurteilt die Verzögerungstaktik der Bundesregierung beim Tempolimit: Erneuter Wortbruch. Seite 4

Dokumentation

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter hat Konzernchef Flick in einem Brief aufgefordert, den Zwangsarbeitern des Unternehmens Entschädigung zu leisten. Wir dokumentieren das Schreiben.

Seite 5

39. Jahrgang / 225

22. November 1984

Die Landesregierung bleibt im Amt

Die Verantwortung für die Zusammenarbeit liegt bei den Grünen

Von Holger Börner
Ministerpräsident von Hessen

Wir halten an den Zielen der Zusammenarbeit mit den Grünen fest. In vielen Einzelbereichen gab es in der Vergangenheit Einigungen. Die Einzelberatungen zum Haushalt '85 konnten abgeschlossen werden. Vernünftigen Entscheidungen im Parlament steht also nichts im Wege. Die Verabschiedung des Haushalts '85 ist wünschenswert, denn das Geld für Investitionen und Ausbildungsplätze wird gebraucht.

Die Landtagsgruppe der Grünen hat nun versucht, Fragen des Atomrechts, die die Bundesregierung und den Bundestag betreffen, durch Ersatzhandlungen in Hessen lösen zu wollen. Für die Frage, ob die gemeinsamen Ziele noch erreicht werden können, haben die Grünen die alleinige Verantwortung. Die Bundesregierung hat gemäß Artikel 85 Grundgesetz eine Weisung erteilt. Die Genehmigungsbehörde muß nach den rechtlichen Bestimmungen dieser Weisung entsprechen. Damit sind die Auflagen, die wir aus guten Gründen vorbereitet haben, zu meinem großen Bedauern hinfällig. Wir werden unsere gegenteilige Meinung noch einmal dokumentieren.

Wie wird es weitergehen? Die Landesregierung ist im Amt und bleibt im Amt. Wenn die Grünen meiner Arbeit das Mißtrauen aussprechen wollen, dann sollen sie vom parlamentarischen Instrument eines Mißtrauensantrag Gebrauch machen. Und da sie zu dem Genehmigungsverfahren erklärt haben, sie würden die Zusammenarbeit auf dieser Grundlage nicht fortsetzen, müssen nun die Grünen erklären, ob die Grundlage der Beurteilung eine andere ist. (-/22.11.1984/ks/rs)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verlagsgesellschaft
des neuen Kölners
W. 11021 Köln



Schwerer Schaden
-----**Zur Absage des Polen-Besuchs durch Außenminister Genscher****Von Walter Polkehn MdB****Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion**

Mit der Absage des Polen-Besuchs durch den Bundesaußenminister ist den deutsch-polnischen Beziehungen weiterer Schaden zugefügt worden. Niemand soll glauben, daß sehr bald ein neuer Besuchstermin anstehen wird. Und wenn er 1985 gefunden sein sollte, dann wird der Außenminister ein anderes Klima in Warschau vorfinden, das die Gespräche nicht einfacher gestalten wird. Die Menschen in Polen, für die man ja angeblich die Politik macht, werden die Absage ebenfalls nicht begreifen. Denn alle Polen sind an der Aufnahme der abgebrochenen Beziehungen stark interessiert.

Die von Horst Ehmke festgestellte "Talfahrt der deutschen Außenpolitik in eine gefährliche Sackgasse" hat nun auch die bisher als stabil erscheinende Säule des Bundesaußenministers, die deutsch-polnischen Beziehungen, ins Wanken gebracht. Offenbar ist er mit seiner bisher aner kennenswerten Haltung vor koalitionsinternen Streitereien und den Gegnern der deutschen Ostpolitik in den Reihen der CDU/CSU in die Knie gegangen. Unverständlich, zumal abzusehen war, daß der Besuch für ihn ein außenpolitischer Erfolg geworden wäre. Denn in Warschau hat man dem Besuch große Bedeutung beigemessen. Diese Erfahrung konnte der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, und seine Begleitung bei allen Gesprächen machen. Darüber hinaus hat Hans-Jochen Vogel stets auf die konsequente Haltung des Außenministers zu den Verträgen und den Beziehungen zu Polen hingewiesen und war, wenn man so will, Wegbereiter für ein gutes Besuchsklima. Hans-Jochen Vogel hat auch gezeigt, daß protokollarische Probleme lösbar sind, wenn der Wille und gegenseitiges Vertrauen vorhanden sind. Dies scheint offenbar, bei der doch recht langen Vorbereitung des Genscher-Besuchs nicht gegeben gewesen zu sein.

Kein Realpolitiker glaubt, daß die Gründe, die das Außenministerium für die kurzfristige Absage genannt hat, die Ursachen der Absage sind. Dies wäre zu einfach für einen Besuch, der so ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden ist, und der nach langen Jahren erstmals wieder den Dialog zwischen den beiden Regierungen einleiten sollte. Es bleibt nur die Frage: Wohin gehst Du Hans-Dietrich Genscher?
(-/22.11.1984/ks/rs)

+ + +



Das neue Europaparlament hat Tritt gefaßt

Nach der Bewältigung alter Aufgaben geht es jetzt um die Gestaltung der Zukunft

Von Horst Seefeld MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Zu einem normalen Arbeitsrhythmus fand das Europäische Parlament, das die Bürger der EG am 17. Juni neu gewählt hatten, in der vergangenen Woche in Straßburg. Monatelang hatte sich das parlamentarische Organ der Gemeinschaft der Zehn auf interne Probleme konzentriert - von der Besetzung des Präsidiums über die Wahl der Ausschußvorsitzenden bis zur Zusammensetzung der Parlamentarischen Delegationen - und sich mit "ererbten" Problemen befaßt: Der Beitrittsrückerstattung an Großbritannien und einen Nachtragshaushalt, nachdem der Haushalt für 1984 von Anfang an unrealistisch gewesen war. Alle angefangenen Berichte des alten Parlaments waren verfallen und neue lagen noch nicht vor. Zudem wurden die ersten Sitzungen durch verschiedene Zwischenfälle beeinträchtigt.

Anders war es in der letzten Woche: Auf der Tagesordnung standen die Erste Lesung des EG-Haushalts für 1985, die Entlastung der EG-Kommission für frühere Haushaltsausführung und verschiedene umweltpolitische Berichte.

In der Haushaltsabstimmung nahm das Parlament eine feste Haltung gegenüber dem Ministerrat ein: Es will einen klaren und wahren Haushalt für das ganze Jahr 1985. Und die Rückerstattung für Großbritannien im Jahre 1985 und die volle Finanzierung der Agrarpolitik stehen jetzt in der Parlamentsfassung des Haushalts.

Der Haushalt ist durchweg geprägt von den politischen Positionen, die die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament eingenommen hat. Wir haben dafür gesorgt, daß die EG keine Finanzhilfe an die Türkei leistet, solange dort keine echte Demokratie herrscht und die Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit nicht gewährleistet sind.

Ebenso haben wir die Finanzierung privater Landwirtschaftsbetriebe durch die EG in Polen mit fünf Millionen ECU verhindert. Konservative Gruppierungen denken anscheinend, die EG-Agrarpolitik müsse auch noch zum Exportartikel werden.

Der scheidenden Kommission haben wir die Entlastung für die Haushaltsausführung im Jahre 1982 verweigert, weil sie sich bedenkenlos über geltende EG-Haushaltsbeschlüsse hinweggesetzt hatte. Ein Rücktritt der Kommission wäre die angemessene Reaktion auf diese parlamentarische Ohrfeige gewesen.

Schade, daß es nicht zu einem Beschluß des Europäischen Parlaments über die Autoabgasentgiftung reichte. Konservative Politiker, die im Grunde den Status Quo wollen, Abgeordnete, die sich nicht vom Ministerrat unter Zeitdruck setzen lassen wollen, und Umweltschützer, die noch einmal im zuständigen Ausschuß diskutieren wollen, verhinderten die Annahme eines Textes. Dabei lagen aus der Mitte der SPD-Europaabgeordneten kompromißfähige Vorschläge vor, die ab 1986 eine wesentliche Reduzierung der Abgase gesichert und zugleich den Automobilproduzenten für kleine Wagen die notwendige Übergangsfrist gewährt hätten.

Alles in allem war die Tagung ein Erfolg für das Europäische Parlament. Die Sozialistische Fraktion wird als größte politische Gruppierung darauf achten, daß das Zweite Europaparlament durch überzeugende Arbeit an Gewicht gewinnen kann.

(-/22.11.1984/ks/rs)

+ + +



Erneuter Wortbruch

Beim Tempolimit läßt sich die Bundesregierung von der Verschleppungstaktik leiten

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Hinhalte- und Verschleppungstaktik der Bundesregierung in Sachen Tempolimit wird immer deutlicher. Ursprünglich sollten die Ergebnisse des Großversuchs Mitte 1985 vorliegen. Kohl hat diesen Termin dann auf August 1985 verschoben. Jetzt hat Dollinger erklärt, er hoffe, daß die Ergebnisse bis Ende 1985 vorliegen.

Gleichzeitig hat er aber das völlig unverbindliche Vorgehen der Regierung deutlich gemacht:

- Nach den Vorplanungen der Technischen Überwachungsvereine geht der Großversuch bis mindestens Anfang 1986, wenn er wissenschaftlich seriös durchgeführt werden soll.
- Das Vorprogramm der Technischen Überwachungsvereine erfaßt nur die Bundesautobahn (Tempo 100), während die Bundesregierung in den Versuch auch andere Außerortsstraßen (Tempo 80) einbezogen haben will.
- Auch wenn der Großversuch eine nennenswerte Verminderung des Schadstoffausstoßes durch ein Tempolimit beweist, will die Bundesregierung über die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung trotzdem politisch entscheiden.

Aus allem wird deutlich: die Bundesregierung versucht, Zeit zu gewinnen. Diesen Versuch läßt sie sich erhebliche Beträge kosten - allein in 1985 zehn Millionen an Steuermitteln. Die Bundesregierung will kein Tempolimit. Auch will sie insoweit keine Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsunfälle und zur Bekämpfung der Verkehrstoten. Sie will keinen Beitrag zur Verlangsamung des Waldsterbens.

Die Sozialdemokraten werden dies nicht dulden, sie werden die Verschleppungs- und Verzögerungstaktik der Regierung nicht hinnehmen. Wie beim Bußgeld für Gurtmuffel werden sie die Regierung letztlich zum Handeln zwingen.

(~/22.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Peter an Flick: Entschädigen Sie die Zwangsarbeiter!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter hat den Konzern-Chef Friedrich Karl Flick aufgefordert, die während der Nazi-Zeit in seinem Bereich tätigen Zwangsarbeiter zu entschädigen. Wir dokumentieren das Schreiben Peters an Dr. Friedrich Karl Flick im Wortlaut.

"Sehr geehrter Herr Dr. Flick,

mein Brief an Sie gründet auf Pressemeldungen, in denen über die Bitte des ehemaligen Anklägers in den Nürnberger Prozessen, Dr. Robert Kempner, an Sie berichtet wird, in Anbetracht der aktuellen Diskussion über die finanziellen Zuwendungen der Flick AG an Politiker und Parteien vergangenes Unrecht an den bei der zum Flick-Konzern gehörenden Dynamit-Nobel AG im Zweiten Weltkrieg ausgebeuteten Zwangsarbeiter durch Zahlung einer Entschädigung wenigstens symbolisch wiedergutzumachen.

Ich habe aufgrund dieser Meldung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages die Bundesregierung nach einer Einschätzung dieses Sachverhalts und nach eventuellen Wiedergutmachungsmöglichkeiten gefragt. Aus der Ihnen als Anlage beigefügten Antwort geht hervor, daß Rechtsansprüche der ehemaligen Zwangsarbeiter nicht bestehen.

Ich meine jedoch, daß die moralisch begründete Forderung gegenüber der Firma Flick durchaus besteht, zumal nach meinen Informationen Jahre lang Verhandlungen zwischen der Jewish Claims Conference, vertreten durch Herrn Katzenstein, und der Firma Flick bis zu einem scheinbar erfolgreichen Abschluß geführt worden sind. Dabei finde ich es einerseits begrüßenswert, daß der Tatbestand der Anforderung von Zwangsarbeitern aus Konzentrationslagern durch die zu Flick gehörende Dynamit-Nobel AG für die Munitionsfabriken Hessisch-Lichtenau bei Kassel u.a.m. nicht bestritten worden ist; andererseits kann ich allerdings kein Verständnis dafür aufbringen, daß es trotz Intervention hochgestellter Persönlichkeiten wie des ehemaligen Hohen Kommissars John Mc Cloy, und des ehemaligen Botschafters der Bundesrepublik in Washington, Dr. Pauls, bei einer im Vergleich zu den Parteispenden Ihrer Firma niedrigen Summe von fünf Millionen DM und trotz eines zustimmenden Vorstandsbeschlusses der Flick AG nicht zu einer Auszahlung der Entschädigungssumme gekommen ist.

Ich appelliere deshalb an Sie persönlich, sehr geehrter Herr Dr. Flick, die Gelegenheit der aktuellen Diskussion über Parteispenden zum Anlaß zu nehmen, eine Belastung des Namens Flick aus der Vergangenheit - gerade international - wenigstens symbolisch durch die Entschädigungszahlung zu mindern.

Wenn aus der aktuellen Diskussion eine überfällige, aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängte Wiedergutmachung von Unrecht erwachsen würde, wäre das sehr zu begrüßen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Horst Peter".

(-/22.11.1984/ks/rs)

+ + +

